

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**7
80**

Union in Deutschland

Bonn, den 21. Februar 1980

Warnung vor einem neuen Rentenbetrug

Die SPD hat den Schleier ihrer Rentenpläne gelüftet. Sie offenbaren tiefgreifende Unterschiede zur rentenpolitischen Konzeption der CDU. Nahezu unverhüllt geht die SPD den Weg in die Einheitsrente. Diese Tatsache erfordert eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Rentenpolitik und die zukünftige Ausgestaltung ihrer Prinzipien, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest. Die Union wird deshalb die Rentenpläne der SPD zu einem zentralen Thema des Bundestagswahlkampfes machen.

Die CDU wird alles daran setzen, einen neuen Rentenbetrug zu verhindern. Nach dem Rentenbetrug von 1976, nach Wortbruch und Außerkraftsetzung der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente sind Klarheit und Wahrheit in der Rentenpolitik unverzichtbar.

■ Mit der Mindestrente gibt die SPD den Bezug zu Beitrag und Leistung in der Rentenversicherung auf. Der Versicherungscharakter der Renten wird ausgehöhlt. Anerkennung der persönlichen Beitragsleistung wird durch Bedürftigkeitsmaßstäbe ersetzt. Statt Beitragsleistung werden Be-

(Weiter auf Seite 2)

■ DC-KONGRESS

Helmut Kohl: Keine Kommunisten in die Regierungsvorantwortung

Seite 5

■ NORD-SÜD

Bedenkliche Vorstellungen der Brandt-Kommission

Seite 8

■ VERKEHRSLÄRM

Union setzte wichtige eigene Vorstellungen durch

Seite 11

■ ZIVILSCHUTZ

Regierung hat Vorsorge der Bevölkerung straflich vernachlässigt

Seite 12

■ GEWERBESTEUER

Entlastung von vier Milliarden DM zu erwarten

Seite 14

■ OSTKREDITE

Der Westen hat die Aufrüstung des Warschauer Paktes mitfinanziert

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Arbeitslos / Zur Lebenssituation Arbeitsloser und den sozialen Folgekosten der Arbeitslosigkeit

grüner Teil

■ PARTEIARBEIT

Verbesserung der Beitragsehrlichkeit

rosa Teil

Fortsetzung von Seite 1

dürftigkeitsprüfungen über die Höhe der Renten entscheiden.

■ Für die von der SPD vorgesehene zwangsweise Einbeziehung aller Selbständigen und Freiberufler in die Rentenversicherung besteht weder eine sachliche noch eine politische Notwendigkeit. Die Unterschiede in den Lebens- und Versorgungsbedingungen würden nicht berücksichtigt.

■ Mit der „Maschinensteuer“, nach der die Beiträge zur Sozialversicherung sich nicht mehr am Lohn, sondern an der „Wertschöpfung“ der Betriebe orientieren sollen, untergräbt die SPD das System der lohnbezogenen Renten und treibt damit einen zusätzlichen Keil in das leistungs- und beitragsbezogene Rentensystem.

■ Mit ihrer Begründung zur Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner bedient sich die SPD der gleichen Argumente, die für eine Rentenbesteuerung angeführt werden. Dies macht die rentenpolitischen Bekenntnisse der SPD zusätzlich unglaublich.

Die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente und ihre Aufrechterhaltung ist kein technisches Problem, sondern eine ordnungs- und sozialpolitische Frage ersten Ranges. Bruttolohnbezogene Rente heißt in erster Linie Sicherung der Leistungsbezogenheit und des Versicherungscharakters der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Rente ist kein staatliches Geschenk, kein Almosen, sondern selbsterarbeitete Versicherungsleistung.

Mehr als enttäuschend ist die Antwort der Sozialdemokraten auf die Aufgabe, die Gleichberechtigung der Frau im Sozialversicherungsrecht und insbesondere im Rentenrecht durchzusetzen. Statt Gleichberechtigung hat die SPD ihre alten Klassenbilder festgeschrieben. Die

■ INFORMATION

Unfähig zur Koordinierung der Deutschlandpolitik

Die Pressemeldungen über die unterschiedlichen Auffassungen der Ständigen Vertretung in Berlin (Ost) und des Bundeskanzleramtes vermitteln das Bild eines völligen Durcheinanders der Deutschlandpolitik der SPD/FDP. Dies erklärt zum gegenwärtigen Stand der innerdeutschen Verhandlungen der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Manfred Abelein, und fuhr fort:

Erneut zeigt sich, daß die Bundesregierung überhaupt kein Konzept hat. Auch

Tätigkeit der Hausfrau und Mutter bleibt gegenüber der Erwerbstätigkeit massiv diskriminiert. Leitbild ist und bleibt für die Sozialdemokraten die außerhäuslich erwerbstätige Frau. Geburt und Erziehung eines Kindes werden als „Betriebsurlaub“ angesehen.

Dies zeigt sich in der Tatsache, daß die Sozialdemokraten der Frau nur ein Erziehungsjahr pro Kind bei der Rente anrechnen wollen. Wie soll eine Frau, die Kinder zur Welt bringt und sich der Erziehung ihrer Kinder widmet, auf dieser Grundlage in der Lage sein, sich einen eigenständigen Rentenanspruch aufzubauen?

Die Leistungsbezogenheit der Renten zu sichern und der Diskriminierung der Hausfrauen und Mütter ein Ende zu setzen, ist das Ziel der Rentenpolitik der Union. Damit sind die Unterschiede und Alternativen zwischen CDU und SPD in der Gesellschafts- und Sozialpolitik klar umschrieben.

ist das Bundeskanzleramt außerstande, die Deutschlandpolitik zu koordinieren; die Ständige Vertretung in Berlin (Ost) ist offenbar ohne Weisungen und arbeitet an teuren Luftschlössern — übrigens nicht zum ersten Mal. Dies hat allein der Bundeskanzler zu verantworten.

Schon seit langem hat sich die innerdeutsche Politik auf Maßnahmen der wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Stabilisierung von Berlin (West) reduziert; so wichtig dies ist, so gibt es auf dem eigentlichen Gebiet der innerdeutschen Beziehungen, nämlich Fortschritte für die Menschen im geteilten Deutschland zu schaffen, schon seit Jahren nur Stillstand und Rückschritte. Die „Reisen in dringenden Familienangelegenheiten“ werden vom SED-Regime immer stärker gedrosselt; politische Häftlinge werden kaum noch in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Die Amnestie der DDR-Regierung endete mit neuen Verhaftungswellen. Zu allem hat die Bundesregierung bisher geschwiegen.

Von der Verwirklichung dringender Forderungen (z. B. Senkung des ausreiseberechtigten Alters, Erteilung von Ausreisegenehmigungen zum Zwecke der Heirat) ist überhaupt keine Rede mehr. Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus als unfähig erwiesen, finanzielle Vorhaben mit menschlichen Erleichterungen zu verknüpfen.

Die Unionsparteien sind nicht bereit, dies noch länger hinzunehmen.

Zentrale Jugendveranstaltung am 31. Mai in Mainz

Die für 1980 vorgesehene zentrale Jugendveranstaltung der CDU findet am 31. Mai 1980 in Mainz statt. An der Veranstaltung in Mainz werden unter

anderem Helmut Kohl, Heiner Geißler und Franz Josef Strauß teilnehmen. Die zentrale Jugendveranstaltung ist Auftakt einer umfassenden Jugend-Informationskampagne der Union im Bundestagswahlkampf 1980, mit der die Jugend mit den Inhalten und Zielen der Politik der Christlich Demokratischen Union vertraut gemacht werden soll. Untersuchungen haben hier erhebliche Informationsdefizite gezeigt.

Gespräch mit der US-Botschaft

Zu einem Meinungsaustausch über aktuelle politische Fragen von beiderseitigem Interesse kamen unter Leitung von CDU-Bundesgeschäftsführer Ulf Fink und von Botschaftsrat Marten H. A. van Heuven Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle und der Politischen Abteilung der Bonner Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Von CDU-Seite wurde im Laufe des rund zweieinhalbständigen Gesprächs betont, daß die Solidarität der Bundesrepublik Deutschland mit den Vereinigten Staaten sich nicht in Lippenbekennissen erschöpfen dürfe, sondern gemeinsames Handeln erfordere. Für die CDU ergebe sich dies aus der von Konrad Adenauer begründeten Politik. Beide Seiten vereinbarten, daß das Gespräch in regelmäßigen Abständen fortgesetzt werden soll.

Keine Parteipolitik in den Betrieben

Wahlkampf muß aus den Betrieben herausgehalten werden, erklärte Heribert Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA). Parteipolitik und erst recht Wahlkampfrummel gehören

nicht in die Belegschaftsversammlungen, weil dadurch Belegschaften wie Betriebsräte belastet und entzweit werden. Etwas anderes ist die Diskussion politischer Themen am Arbeitsplatz. Dieses ist selbstverständlich und soll nicht verhindert werden. Die CDA wird ihre Freunde in den Betrieben noch einmal vorsorglich über mögliche rechtliche Schritte gegen den Mißbrauch der Betriebsorgane durch Parteipolitiker informieren.

„Auftakt '80“ erfolgreich

Im Rahmen ihrer Aktion „Auftakt '80“ hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle 27 200 Informationspakete auf Anfrage an Einzelpersonen verschickt, darunter Reden von Franz Josef Strauß, Helmut Kohl und Heiner Geißler. Die Aktion war im November 1979 gestartet worden und ist jetzt abgeschlossen.

Die Frau um 50 engagiert sich mehr

Sie ist politisch stärker interessiert als jüngere Frauen und nicht so schnell für riskante politische Experimente zu begeistern. Bei der letzten Bundestagswahl wählte — „Bild“ zufolge — jede zweite Frau um Fünfzig CDU/CSU, 37 Prozent dieser Altersgruppe wählten SPD. In keiner anderen Altersgruppe ist die Wahlbeteiligung so hoch. Fast alle Frauen um Fünfzig (93,3 Prozent) haben 1976 gewählt. Zum Vergleich: Nur 32 Prozent der jüngeren Frauen gingen zur Wahl.

Union fragt nach „Afrikakorps“ der DDR

Vor dem Hintergrund des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan hat die

CDU/CSU von der Bundesregierung Auskunft über das militärische Engagement der DDR in Afrika verlangt. Mit parlamentarischen Anfragen will die Opposition herausfinden, über welche Erkenntnisse die Bundesregierung verfügt, ob und in welchem Umfang afrikanische Guerillakämpfer in der DDR militärisch ausgebildet werden und ob die DDR direkt oder indirekt an der Besetzung Afghanistans beteiligt ist.

Der parlamentarische Geschäftsführer Kunz erklärte in diesem Zusammenhang, ein mehrere tausend Mann starkes Kontingent von Militärpersonal der DDR sei in Afrika im Einsatz. Dieses „Afrikakorps“ der DDR unterstützte die sowjetische Expansionspolitik.

Jugend über Sowjet-Imperialismus nicht unterrichtet

Eine „qualitative“ Verbesserung des Geschichtsunterrichts an den nordrhein-westfälischen Schulen hat der Landesvorsitzende der CDU Rheinland und Oppositionsführer im nordrhein-westfälischen Landtag, Heinrich Köppler, gefordert. Köppler erklärte, wem jahrelang statt Geschichte „Gesellschaftslehre“ unter Betonung der „freundsiebenden Rolle“ sozialistischer Systeme „vorgegaukelt“ worden sei, dem müsse der sowjetische Überfall auf Afghanistan wie ein „Ereignis von einem anderen Stern“ vorkommen. Die Verunsicherung, die er in den letzten Wochen in zahlreichen Gesprächen mit jungen Menschen festgestellt habe, sei „eines der traurigsten Ergebnisse der Bildungspolitik des Herrn SPD-Ministers Girsengroß“, meinte der CDU-Politiker.

■ HELMUT KOHL VOR DC-KONGRESS IN ROM

Keine Kommunisten in die Regierungsverantwortung

Vor dem Parteikongreß der Democrazia Cristiana in Rom hat Helmut Kohl am 16. Februar 1980 nachfolgende Begrüßungsansprache (Auszug) gehalten; sie wurde von den 1138 Delegierten mit starkem Beifall bedacht und hat über Italien hinaus große Beachtung gefunden.

Wir bewundern die Kontinuität der staatsmännischen Leistung, mit der die Democrazia Cristiana in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten das italienische Volk geführt und auch die schwierigen wirtschaftlichen und innenpolitischen Krisen der jüngsten Zeit gemeistert hat.

Auch wir Christlichen Demokraten in Deutschland formen die stärkste politische Kraft unseres Landes. Sie und wir bilden die beiden größten christlich demokratischen Parteien in Europa und in der Welt. Dies weist uns eine Verantwortung zu, die wir gemeinsam erfüllen müssen.

Wir stehen in der Verantwortung für die europäische christlich demokratische Bewegung, für die christliche Demokratie in der Welt und für die Vollendung der europäischen Einigung. Wir können sie nur in enger und ständiger Zusammenarbeit erfüllen.

Vor wenigen Monaten haben sich die Christlichen Demokraten Europas in einem großen gemeinsamen Wahlkampf bewährt. Nach dem Stimmenergebnis sind sie zur stärksten politischen Kraft

in der Europäischen Gemeinschaft geworden. Europas Wähler haben der Linken eine Absage erteilt.

Das neue demokratisch gewählte Parlament, in dem die Kräfte der demokratischen Mitte die Mehrheit haben, hat sich über alle Anfangsschwierigkeiten hinweg schon jetzt als ein neuer institutioneller Faktor von wachsendem Gewicht erwiesen. Wir können stolz darauf sein, daß unsere gemeinsame Fraktion, die Fraktion der Europäischen Volkspartei, mit ihren Initiativen zur Kräftigung des Europäischen Parlaments und zur Förderung des europäischen Eingangsprozesses immer mehr zur führenden Kraft in diesem Parlament wird. Dieser Kongreß, am Beginn eines neuen Jahrzehnts, findet vor dem düsteren Hintergrund von weltpolitischen Entwicklungen statt, die auch Europa und unsere Länder zutiefst berühren. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan hat nicht nur ein freiheitsliebendes und freiheitsgewohntes Volk seiner nationalen Würde und Freiheit beraubt; er hat die weltpolitische Szenerie entscheidend verändert.

Wir können die sowjetische Invasion nur als Bestandteil einer globalen Hegemonialpolitik deuten, die die Lebensfähigkeit und Sicherheit der westlichen Demokratien berührt. Die Glaubwürdigkeit sowjetischer Entspannungsbereitschaft und die Behauptung von dem defensiven Charakter ihrer Militärstrategie ist zusammengebrochen.

Die Ereignisse in Afghanistan treffen den Westen in einer Lage, in der das militärische Gleichgewicht prekär geworden ist und — gerade bei uns in Europa — die bequeme Gewöhnung an verführerische Parolen von Frieden und Entspannung den Willen zur Selbstbehauptung zu lähmten droht.

Wir alle in Europa wollen den Frieden. Unsere Völker sind nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges von einer tiefen Friedenssehnsucht erfüllt. Aber Friede ist nicht eine Frage des guten Willens, sondern eine Frage des entschlossenen Handelns.

Mit Recht hat Präsident Carter nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan gesagt, daß „eine Aggression, der man nicht entgegentritt, zu einer ansteckenden Krankheit wird“.

Die Staaten der freien Welt und vor allem die Partner des Atlantischen Vertragsbündnisses müssen heute erkennen, daß nur eine gemeinsame, unzweideutige und entschlossene Haltung des Westens der von der Sowjetunion ausgehenden Bedrohung des Friedens in der Welt entgegenwirken kann.

Von elementarer Bedeutung ist dabei das enge und solidarische Zusammenwirken zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Wir halten es heute für die selbstverständliche Pflicht des freien Europas, die Forderungen des amerikanischen Präsidenten nach wirksamen Maßnahmen gegen die Sowjetunion zu unterstützen und mitzutragen.

Das muß auch für den amerikanischen Vorschlag gelten, die Olympischen Spiele an einen anderen Ort als Moskau zu verlagern, wenn die Sowjets ihre Truppen aus Afghanistan nicht zurückziehen. Es gilt in ganz besonderer Weise für die Erfüllung unserer militärischen Pflichten im Bündnis.

Wer in Europa sich heute dem gemeinsamen Handeln in der westlichen Allianz dadurch entziehen will, daß er die große weltpolitische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion als eine bloße Angelegenheit der Supermächte darstellt und vermeintliche europäische Sonderinteressen definiert, leistet dem sowjetischen Versuch Vorschub, das Bündnis zu zerstören, schwächt die amerikanische Bereitschaft zur Verteidigung unseres Kontinents im Krisenfall und fördert einen verheerenden Vertrauensschwund in die europäischen Verbündeten im amerikanischen Volk.

Ein Teil unserer Antwort an die Sowjetunion muß gemeinschaftliches europäisches Handeln sein. Dies läßt sich durch Einzelerklärungen von Regierungschefs nicht ersetzen. Die Gemeinschaft hat neun gleichberechtigte Mitglieder. Heute ist die europäische politische Zusammenarbeit in eminenter Weise gefordert.

Mehr denn je ist es heute notwendig, daß die demokratischen Kräfte der Freiheit zusammenstehen. Es ist Teil unserer christlich-demokratischen Verantwortung, unseren Ländern Regierungen zu geben, die sich für die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft und der westlichen Allianz einsetzen und die Bedrohung, die unsere Freiheit vom sowjetischen Imperialismus und vom internationalen Kommunismus droht, klar und realistisch erkennen.

Wir wollen dem deutschen Wähler begreiflich machen, daß die Christlichen Demokraten mehr als andere die Botschaft der Freiheit tragen. Wir haben Zuversicht für den Wahlsieg.

Auch Ihre Partei steht vor wichtigen innenpolitischen Entscheidungen. Zum Teil sind sie hier selbst, auf Ihrem Kongreß, zu treffen.

Wir verfolgen die komplizierten innenpolitischen Vorgänge in Ihrem Land mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie. Wir kennen die Hindernisse, die seit einer Reihe von Jahren der Bildung dauerhafter, von breiter Mehrheit getragener Regierungen unter christlich-demokratischer Führung entgegenstehen. Dabei bewundern wir auch die politische Kunst, mit der es Ihrer Partei immer wieder gelungen ist, zum Wohle Ihres Landes Regierungen zu bilden und in ihnen konstruktive Arbeit zu leisten.

Ich möchte Ihnen im Namen der Deutschen Christlichen Demokraten alle herzlichen Wünsche dafür zu sagen, daß es Ihnen auch in Zukunft gelingt, die Kontinuität dieser Regierungsarbeit zu wahren. Niemand, auch eine Ihnen freundschaftliche verbundene Partei, kann Ihnen durch Ratschläge die Verantwortung für die Entscheidungen abnehmen, vor denen Sie stehen.

Wir hören, daß die Meinungsbildung in Ihrer Partei zu den wichtigen Fragen der künftigen Koalitionsbildung weit fortgeschritten ist, und wir freuen uns über den Grad der dabei erreichten Einigkeit der Standpunkte. Sie kennen auch den unseren.

Lassen Sie mich im Geiste christlich-demokratischer Verbundenheit und dem Bewußtsein der Identität der Werte, die uns verbinden, hier sagen: Aus unserer Sicht würde es heute weniger denn je denkbar erscheinen, daß eine Partei, die sich aus den gleichen geistigen Quellen speist wie die der kommunistischen Invasoren von Afghanistan und Unterdrückten Osteuropas und eines Teils meines eigenen Vaterlands, Regierungsverantwortung mit Christlichen Demokraten in Europa teilt.

Ich wünsche Ihrem Kongreß Mut und Klugheit.

Der sowjetische Überfall auf Afghanistan – die Konsequenzen für die freie Welt
Reden von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß vor dem Deutschen Bundestag

CDU
sicher sozial und frei

Aktuelle Broschüre

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan hat das politische Klima in der Welt und auch in der Bundesrepublik Deutschland tiefgreifend verändert. In der Debatte vor dem Deutschen Bundestag im Januar forderten Helmut Kohl und Franz Josef Strauß Konsequenzen für die freie Welt.

Die Broschüre gibt beide Reden im Wortlaut wieder.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis pro 100 Exemplare: 45,— DM

Bestell-Nr.: 3068

Hinweis

Auch die neue Wandzeitung behandelt das Thema Afghanistan. Sie ist wie üblich über die Kreisgeschäftsstellen zu erhalten.

■ NORD-SÜD-BERICHT

Bedenkliche Vorstellungen der Brandt-Kommission

Der Nord-Süd-Bericht der Brandt-Kommission enthält neben alten Vorschlägen, die schon längst Allgemeingut der entwicklungspolitischen Diskussion geworden sind, allerdings noch nicht verwirklicht werden konnten, eine Reihe bedenklicher Vorstellungen und Forderungen mit bürokratischen und dirigistischen Tendenzen, stellt MdB Jürgen G. Todenhöfer, entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion in Bonn, fest.

Der Bericht bringt deshalb kaum einen neuen inhaltlichen Impuls für den Fortgang des Nord-Süd-Dialogs. Dennoch sollte er Anlaß für größere Anstrengungen in der Entwicklungspolitik sein.

Die CDU/CSU stimmt mit dem Bericht überein,

- daß mehr Entwicklungshilfe geleistet werden muß,
- daß ein weltweites Exporterlösstabilisierungsmodell für die Exporte der Entwicklungsländer geschaffen werden soll,
- daß verstärkt und vorrangig die Produktion von Nahrungsmitteln und Energie in der Dritten Welt gefördert werden muß.

Eine Reihe von Vorschlägen stößt allerdings auf Bedenken beziehungsweise auf Ablehnung:

Die Forderung nach der Errichtung eines neuen Weltentwicklungsfonds, eines neuen Zentrums für Energieforschung, nach neuen Programmen im Bereich der Ernährung zeigt eine fragwürdige Neigung zu einem bürokratischen und institutionellen Denken. Zur Zeit gibt es mehr als genug multilaterale Entwicklungshilfe-Institutionen, die die nötigen Aufgaben wahrnehmen können.

Die Forderung nach einer Reform der Weltbank, des internationalen Währungsfonds und anderer internationaler Entwicklungshilfe-Institutionen mit dem Ziel, den Entwicklungsländern mehr Mitspracherecht zu geben und den Interessen der Entwicklungsländer stärker entgegenzukommen, gefährdet die Funktionsfähigkeit dieser Institutionen. Dies gilt insbesondere für den IWF.

Keine Finanzhilfe für undemokratische Regierungen

Die Forderung nach einer internationalen Entwicklungssteuer stößt schon deshalb auf große Bedenken, weil eine wirksame Kontrolle der Mittel, die in erster Linie von den westlichen Industrieländern aufgebracht werden müssen, nicht möglich sein wird und weil auch mit diesen Mitteln Regime wie in Vietnam, im Südjemen, in Kuba oder Afghanistan mit unterstützt würden.

Ein schwerer Mangel des Nord-Süd-Berichts besteht darin, daß die politischen Probleme der Dritten Welt und insbesondere die Überschneidung des Ost-West- mit dem Nord-Süd-Konflikt völlig unzureichend und unangemessen berücksichtigt werden. Dies ist auch der Grund für die unrealistische Sicht des Zusammenhangs zwischen Entwicklungshilfe und Abrüstung.

■ KOALITION

Opportunismus oder ehrlicher Wandel?

Nachdem Apel seit Wochen — beispielsweise in einem NRZ-Interview, im Fernsehen, auf SPD-Versammlungen und gerade noch in München — die Notwendigkeit neuer Verteidigungslästen für die Bundesrepublik energisch bestritten hatte, erklärte er nun in der „Quick“ das glatte Gegenteil. Hierzu meint der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch: „Jetzt redet er plötzlich von bevorstehenden starken Belastungen durch neue Verteidigungsausgaben, die voraussichtlich auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung stoßen würden, nichtsdestoweniger aber getragen werden müßten. Ist angesichts der kritischen Lage, in der wir uns befinden, die wichtige Frage der Verteidigung bei einem Mann in den besten Händen, der von heute auf morgen seine Auffassung so radikal umwirft? Oder drückt sich darin nur die Hilflosigkeit der ganzen Bonner Regierung aus? Beides wäre gleich schlimm; denn jetzt wird Führung, nicht opportunistische Anpassung gebraucht!“

Alle Demokraten sind aufgerufen

Zu den Pressionen der Linken gegen den Hamburgischen Beamten-Ernennungsausschuß wegen der Ablehnung, den Lehrer und DKP-Funktionär Erdner zum Beamten auf Lebenszeit zu ernennen, erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Carl-Dieter Spranger: Der Ernennungsausschuß

ist ein von der Hamburgischen Verfassung garantiertes unabhängiges Gremium. Diese Institution hat sich bei der Einstellung von Tausenden von Beamten bestens bewährt. Mit den Pressionen der Linken sollen — wie schon im Fall des Bundesdisziplinaranwalts Claussen — gesetzestreue Beamte und unabhängige Gremien auf Vordermann gebracht werden, um sie zu willfährigen Werkzeugen ihrer politischen Ziele zu machen.

Alle Demokraten sind aufgerufen, diesem Ansinnen energisch entgegenzutreten. Wir brauchen eine Beamtenschaft, die loyal und objektiv ihren von der Verfassung und den Gesetzen vorgegebenen Auftrag erfüllt und sich nicht vor den Karren gewisser politischer Gruppierungen spannen läßt. In der Zeit des nationalsozialistischen Unrechts und in den kommunistischen Regimen haben wir bittere Erfahrungen sammeln müssen, wie gesetzestreue Beamte auf einen partei- und regierungskonformen Kurs gezwungen wurden. Das darf sich bei uns nicht wiederholen.

Linke SPD gegen Kernenergiepolitik Börners

Der linke Flügel der südhessischen SPD will sich „nicht widerstandslos der forcierten Atompolitik der hessischen Landesregierung beugen“. Vor dem Bezirksausschuß der südhessischen SPD, in dem alle Unterbezirke repräsentiert sind, warfen Heidemarie Wieczorek-Zeul, Abgeordnete des Europaparlamentes, und der hessische Juso-Landesvorsitzende Martin Wentz dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Holger Börner vor, seine Zustimmung zu einer Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen an der Par-

tei vorbei erklärt zu haben. Wieczorek-Zeul wertete Börners Handlungsweise als einen „völlig unverständlichen Alleingang“, der die Parteibasis noch weiter von der Regierung entfremde.

Verdacht auf Manipulation von Briefwahlstimmen

Wenige Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sind, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zufolge, SPD-Mitglieder im Ruhrgebiet in den Verdacht geraten, bei der Kommunalwahl vom 30. September 1979 zugunsten der FDP Abstimmungsergebnisse gefälscht zu haben. Die Staatsanwaltschaft in Essen untersucht seit geraumer Zeit diese Vorgänge in Gelsenkirchen, wo die SPD traditionell eine starke absolute Mehrheit besitzt. Die Verdachtsmomente haben sich inzwischen so sehr erhärtet, daß in den beteiligten oder betroffenen Parteien offen von Manipulationen gesprochen wird. Der Gelsenkirchener Oberstadtdirektor Maya will den Schlußbericht der Staatsanwaltschaft abwarten, ist aber überzeugt, daß eine neue Kommunalwahl vor der Landtagswahl, die am 11. Mai stattfindet, nicht mehr möglich ist. Der Landeswahlleiter im Düsseldorfer Innenministerium muß nun vorsorglich darüber nachdenken, wie in Gelsenkirchen ein korrekter Ablauf zumindest der Landtagswahl gesichert werden kann.

Den Genossen die Leviten gelesen

Der Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“ hat der SPD in seinem Blatt eine medienpolitische Schlußabrechnung präsentiert, die den Genossen noch lange in den Ohren gellen wird. In schonungsloser Offenheit legte

er dar, wie miserabel in den vergangenen Jahren mit den parteieigenen Zeitschriften herumgewirtschaftet wurde. Geübt in Sachen Wählertäuschung, ließ man sich wegen der anstehenden Wahlen in Hamburg und Schleswig-Holstein Zeit mit der Behandlung des Patienten „Hamburger Morgenpost“, bis fast nichts mehr zu retten war. „Wahlkosmetik an einem Todkranken“, nennt Chefredakteur Hünerkoch dieses Verfahren. Die SPD sollte diesen peinlichen Eintrag in ihr medienpolitisches Sündenregister zum Anlaß nehmen, ihre hochtrabende Besserwisserei und die von falscher Moral getränkten ständigen Einmischungsversuche in Vorgänge bei Presse, Funk und Fernsehen aufzugeben. Ob die jetzt bekanntgewordene Verbindung mit dem Baseler Verlag Greif (60 % der Anteile, 40 % SPD) das Ende der „Morgenpost“ aufhalten kann, bleibt abzuwarten.

Thüsing bleibt uns wohl nicht erspart

Klaus Thüsing, linker SPD-MdB, wird voraussichtlich auch dem 9. Deutschen Bundestag angehören. Bei der Wahlkreis-Delegierten-Konferenz wurde der linke Flügelstürmer erneut als Direktkandidat in der CDU-Hochburg Paderborn aufgestellt. Auf Thüsing entfielen 104 von 150 Stimmen. Sein Gegenkandidat, der gemäßigte SPD-Unterbezirksvorsitzende Klaus Vorbeck, erhielt 44 Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1976 erreichte Thüsing ein Ergebnis von 26,9 %. Nach einer Meldung des „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ ist damit zu rechnen, daß der SPD-Linke auch wieder auf der nordrhein-westfälischen Landesliste abgesichert wird.

■ VERKEHRSLÄRMGESETZ

Union setzte wichtige eigene Vorstellungen durch

Nach fast eineinhalbjähriger intensiver Arbeit konnte der Verkehrs-ausschuß seine Arbeiten an einem völlig unbefriedigenden Gesetz-entwurf der Bundesregierung zum Verkehrslärmschutz abschließen. Bei der jetzt beschlossenen Fassung des Gesetzes erinnert allenfalls noch die Berlin-Klausel an die Vorlage der Bundesregierung.

Der CDU/CSU ist es dabei gelungen, in ganz entscheidenden Punkten ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen. Das gilt insbesondere für die Einbeziehung aller Verkehrswege in den Lärmschutz wie auch für eine angemessene Eigenbeteiligung der Bürger bei der Lärmsanierung als Vorteilsausgleich. Für die CDU/CSU ist damit zugleich die Grundlage für ihre Zustimmung zu diesem Gesetz geschaffen.

Dazu MdB August Hanz: Im Gegensatz zu den Koalitionsfraktionen, die dieses Gesetz zu einem Jahrhundertwerk hochstilisieren wollen, ist die CDU/CSU der Auffassung, daß man nicht voreilig falsche Hoffnungen erwecken sollte, die sich später bei der Anwendung dieses Gesetzes für den Bürger als Illusionen erweisen könnten. Der Gesetzgeber betritt hier Neuland, und erst die praktische Erfahrung wird zeigen, wie sich dieses Gesetz bewährt.

Tatsache ist auch, daß der Bund einmal mehr ein Gesetz beschließt, das insbesondere den Gemeinden zusätzliche

Ausgaben beschert. Die CDU/CSU bedauert es außerordentlich, daß die Koalition bisher nicht bereit war, ein ausgewogenes Finanzierungskonzept für das Verkehrslärmschutzgesetz mitzutragen. Die von der CDU/CSU vorgelegte Novelle zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz enthält dieses Finanzierungskonzept und wird bei der abschließenden 2. und 3. Lesung im Bundestag die Nagelprobe für die Koalition werden.

MdB Karl-Heinz Lemmrich hat folgende Grundsatzbeschlüsse des Verkehrs-ausschusses herausgestellt: Die im Regierungsentwurf für den Neubau von Straßen vorgesehenen Immissionsgrenzwerte werden um 3 dB (A) gesenkt. Sie betragen nunmehr für Krankenhäuser, Schulen, Kurheime und Altenheime 60/50 dB (A), für Kerngebiete der Städte, Dorfgebiete und Mischgebiete 67/57 dB (A) sowie für Gewerbe- und Industriegebiete 72/62 dB (A). Dies bedeutet, daß bereits die Hälfte des ursprünglich vorgesehenen Verkehrsaufkommens zu Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der Straßenanlieger führt.

Das gesamte bestehende Straßennetz wird in die Lärmsanierung einbezogen. Der im Regierungsentwurf vorgesehene Ausschluß von bestehenden Landes- und Kommunalstraßen von den Lärmschutzmaßnahmen wird nicht übernommen.

Bei bestehenden Straßen in Wohnge-

bieten wird die Immissionsgrenze von ursprünglich 75 dB (A) auf 70 dB (A) herabgesetzt, um die Wohnbevölkerung stärker als bisher vorgesehen zu schützen.

Damit das Gesetz von Bund, Ländern und Gemeinden auch finanziert werden kann, war es erforderlich, auch verschiedene Einsparungsbeschlüsse zu fassen. Hier sind folgende Entscheidungen hervorzuheben:

Schallschutzfenster aus öffentlichen Mitteln sollen an bestehenden Straßen nur für Wohnungen vorgesehen werden, nicht aber für gewerblich genutzte Räume. Derartige Räume werden ohnehin nur während der Arbeitszeit genutzt.

Die Hauseigentümer sollen bei den Schallschutzfenstern eine Eigenbeteiligung von 25 v. H. übernehmen, weil sich durch derartige aufwendige Fenster auch der Heizungsaufwand und der Aufwand für Unterhaltung reduziert. Die Sanierung bestehender Straßen soll sich in einem Zeitraum von 20 Jahren vollziehen.

Schallschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenverkehrswegen sind im Gesetz nicht vorgesehen. Für den Neubau von Schienenwegen wird ein gegenüber dem Straßenbau um 5 dB (A) erhöhter Immissionsgrenzwert vorgesehen. Dadurch soll dem Lästigkeitsunterschied zwischen Straßenverkehrslärm und Schienenverkehrslärm Rechnung getragen werden.

Das Gesetz in der Ausschußfassung wird erhebliche finanzielle Belastungen für Bund, Länder und Gemeinden mit sich bringen; sie müssen jährlich ca. 1 Milliarde DM aufwenden, dabei werden die Kommunen mit ca. 600 Millionen DM am stärksten in Anspruch genommen.

ZIVILSCHUTZ

Regierung hat Vorsorge der Bevölkerung sträflich vernachlässigt

Wer sich in der letzten Zeit besorgt umsah, wie sicher es denn um uns steht, mußte erschreckt feststellen: schlecht. Das war für viele ein unsanftes Erwachen aus Entspannungs- und Sicherheitsträumen, stellte der CDU/CSU-Abgeordnete Paul Gerlach fest.

Nicht nur, daß uns Militärexperten bescheinigten: der Ostblock ist stärker gerüstet. Nein, auch die zivile Verteidigung, der Selbstschutz, der Schutzraumbau, die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen in Spannungs- und Katastrophenfällen sind erbärmlich schlecht vorbereitet.

Die zivile Verteidigung ist sogar das schwächste Glied in der Kette unserer Verteidigung. Die Bevölkerung ist bei uns dem Schrecken eines modernen Krieges schutzlos ausgeliefert. Dabei müßte es doch jedermann einleuchten: ohne Zivilschutz wird es niemanden geben, den zu verteidigen sich noch lohnt. Ohne Absicherung unserer Industrie und Wirtschaft ist jede Verteidigungsanstrengung zum Scheitern verurteilt. Jüngste NATO-Studien haben hier erschreckende Versäumnisse offenbar gemacht. Diese offene Flanke muß schleunigst geschlossen werden. Seit Jahren schon fordert deshalb die CDU/CSU:

1. Ein geschlossenes Konzept der Gesamtverteidigung. Wir müssen die Or-

ganisation und Koordination ziviler und militärischer Stellen im Verteidigungs- und Spannungsfall sicherstellen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen, angefangen vom Bund bis hinunter in die Gemeinden, kommt nicht von allein. Sie muß organisatorisch vorbereitet sein. Sie muß auch geübt werden.

Nur 3 Prozent der Bevölkerung ist wirklich geschützt

2. Wir brauchen Schutzräume. Wir können nur hoffen, den Schrecken eines modernen Krieges einigermaßen zu entgehen, wenn wir für die Bevölkerung ausreichend Schutzräume zur Verfügung haben. Die Bilanz der Bundesregierung im Bereich des Schutzraumbaues ist blamabel und erschreckend. Für eine Bevölkerung von mehr als 60 Millionen Menschen stehen nur rund zwei Millionen Schutzplätze zur Verfügung. Das sind rund drei Prozent.

Die Bundesregierung hat das rasch wachsende Rüstungspotential und Ausmaß der Bedrohung seitens des Warschauer Pakts und der Sowjetunion nicht sehen wollen. Ihre realitätsferne Entspannungseuphorie hat den Schutz der zivilen Bevölkerung völlig vernachlässigt.

Die neuerlichen Planungen, daß jährlich rund 70 000 Schutzraumplätze entstehen sollten, sind unzureichend. Selbst wenn diese Planung Wirklichkeit wird, würden 300 bis 500 Jahre vergehen, um auch nur einen annähernd ausreichenden Schutz, wie er in der neutralen Schweiz und im neutralen Schweden schon jetzt besteht, zu erreichen. Gerade in Neubauten gehören Schutzräume. Wir müssen verstärkt Anreize schaffen, daß auch Privatleute solche Schutzräu-

me bauen. Öffentliche Bauten sollten hier Vorbild sein. Bislang sind sie es nicht.

3. Wir brauchen Vorkehrungen zur ärztlichen und medizinischen Versorgung der Zivilbevölkerung im Verteidigungs- und Spannungsfall. Wir brauchen ein entsprechendes Gesetz.

4. Wir müssen die Versorgung der zivilen Bevölkerung und Streitkräfte im Spannungs- und Verteidigungsfall gleichermaßen sichern. Bislang sind keine personellen, organisatorischen und materiellen Vorbereitungen getroffen, durch die der Vollzug der Gesetze zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung, der Streitkräfte und der sonstigen öffentlichen Bedarfsträger mit Gütern und Dienstleistungen auch nur annähernd sicher erscheinen könnte.

Notwendig ist eine konkrete Vorsorge

5. Mit umfassender Aufklärung müssen wir erreichen, daß über die Angst, die so manchen von uns jetzt beschleicht, der Überlebenswille triumphiert. Wir dürfen da nichts verniedlichen. Wir dürfen uns hier nichts vormachen oder einreden wollen. Wir müssen vielmehr auf dem Boden verantwortungsbewußter, konkreter Vorsorge Zuversicht und jenen Mut wachsen lassen, die das Fundament dafür sind, bereit zu sein, um unsere Freiheit zu verteidigen und Erpressungsversuchen zu widerstehen. Damit entmutigen wir einen möglichen Angreifer. Damit dienen wir dem Frieden, und zwar einem Frieden in Freiheit und Sicherheit. Wenn die Bundesregierung weiter unrealistische Illusionen ohne konkrete Vorsorgemaßnahmen nährt, so ist das ein Betrug.

■ GEWERBESTEUER

Entlastung von vier Milliarden DM zu erwarten

Aufgrund einer Repräsentativumfrage zeichnet sich schon jetzt, noch ehe die Haushaltsberatungen abgeschlossen sind, eine deutliche Entlastung der Wirtschaft bei der Gewerbesteuer ab. Im Ergebnis ist eine Gewerbesteuerentlastung im Bundesgebiet für das Jahr 1980 in Höhe von rund vier Milliarden DM zu erwarten, stellte MdB Horst Waffenschmidt in Bonn fest.

In einzelnen setzt sich die Steuerentlastung aus folgenden Komponenten zusammen:

Der Wegfall der Lohnsummensteuer bedeutet für 1980 einen Entlastungseffekt von 3,5 Milliarden Mark.

In den bisher Lohnsummensteuererhebenden Gemeinden entsteht eine Mehrbelastung durch die Anhebung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Höhe von rund 1,7 Milliarden Mark.

Die Anhebung des Freibetrages beim Gewerbeertrag entlastet die Betriebe im Jahre 1980 in Höhe von rund einer Milliarde Mark.

In den Gemeinden ohne Lohnsummensteuer werden die Gewerbesteuerzahler durch Senkung der Hebesätze im Jahre 1980 um eine weitere Milliarde Mark entlastet.

Die Entlastungswirkung konzentriert sich mit annähernd 60 Prozent auf die

Städte und Gemeinden, in denen die Lohnsummensteuer ab 1980 wegfällt. Dies ist auch richtig, da in diesen Städten und Gemeinden durch die Erhebung der Lohnsummensteuer die Belastung der gewerblichen Wirtschaft bisher größer war als in den Städten und Gemeinden, in denen keine Lohnsummensteuer erhoben wurde. Insgesamt wird die Wirtschaft in den Gemeinden, in denen bisher Lohnsummensteuer erhoben wurde, um rund 14 Prozent bei der Gewerbesteuer entlastet.

In den Städten und Gemeinden ohne Lohnsummensteuer beträgt die steuerliche Entlastung knapp zehn Prozent. Hier fallen die Entlastungen der Wirtschaft zwangsläufig geringer aus, weil diese Städte und Gemeinden in der Vergangenheit zur Schonung der örtlichen Wirtschaft auf die Einführung der Lohnsummensteuer verzichtet hatten.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen haben rund drei Viertel aller Gemeinden eine Senkung der Hebesätze vorgenommen.

Die Haushaltsberatungen machen aber auch deutlich, daß eine schematische Senkung der Hebesätze nicht möglich ist. Entscheidend sind die örtlichen Verhältnisse. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß aufgrund der Anhebung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital im Durchschnitt nur noch knapp 40 Prozent aller Gewerbesteuerpflichtigen zur Gewerbesteuer herangezogen werden können. In zahlreichen Fällen konnte mit Vertretern der örtlichen Wirtschaft Einvernehmen über die Höhe der Gewerbesteuerhebesätze erzielt werden.

■ OSTKREDITE

Der Westen hat die Aufrüstung des Warschauer Paktes mitfinanziert

Die Diskussion über westliche Gegenreaktionen auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ist in vollem Gange. Neben der Unterstützung des vom amerikanischen Präsidenten angedrohten Olympiaboykotts, verdienen in diesem Zusammenhang auch wirtschaftliche Maßnahmen Beachtung, erklärte MdB Rudolf Sprung, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Geld und Kredit der Bundestagsfraktion.

So ist der Ostblock derzeit mit 47,7 Milliarden Dollar bei den westlichen Industriestaaten in der Kreide (siehe S. 3). Dieser Verschuldung stehen Guthaben in Höhe von lediglich 10,4 Milliarden Dollar gegenüber. Hauptschuldner ist die Sowjetunion mit rund 13 Milliarden Dollar (Guthaben: sechs Milliarden Dollar).

	Schulden '78	Guthaben '77	'78	'77
	— in Milliarden Dollar —			

Albanien	0,008	0,003	0,07	0,1
Bulgarien	3,5	2,8	0,6	0,5
Tschechoslowakei	2,1	1,5	0,6	0,5
DDR	6,8	5,3	1,3	0,9
Ungarn	6,9	5,0	0,9	1,1
Polen	12,4	8,8	0,8	0,4
Rumänien	2,9	1,4	0,2	0,2
Sowjetunion	13,1	11,7	6,0	4,4
	47,7	36,5	10,4	8,1

Auch der Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den Ostblockstaaten

weist Jahr für Jahr hohe Defizite zu Lasten des Osten auf. Der Grund: systemimmanente Liefereschwierigkeiten der zentralen Staatswirtschaften, mangelnde Flexibilität, ungenügende Breite in der Angebotspalette.

Zur Abdeckung der Außenhandelsrisiken im Osthandel gewährt die Bundesregierung Bürgschaften. Diese betragen (Stand Ende 1978) rund 14,6 Milliarden Mark. Hinzu kommen grundsätzliche Deckungszusagen in Höhe von rund neun Milliarden Mark. An der Spitze liegt auch hier die Sowjetunion mit einem Bürgschaftsvolumen von 8,8 Milliarden Mark und Deckungszusagen von 6,3 Milliarden Mark.

Angesichts des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan scheint es an der Zeit, die Kreditpolitik des Westens in Richtung Osten zu überprüfen. Falsch wäre es sicherlich, Ostkredite aufzukündigen zu wollen. Dies hätte fatale Folgen für die internationalen Finanzmärkte, insbesondere den ohnehin gefährdeten Euro-Dollar-Markt. Möglich wäre es allerdings, bei neuen Krediten an die Sowjetunion und ihre östlichen Satelliten zurückhaltender zu sein. Das gleiche gilt für Bürgschaften der Bundesregierung, weil zwangsläufig jedes finanzielle Entgegenkommen, gleich in welchem Bereich, zur Freisetzung von Ressourcen und Kapazitäten für militärische Zwecke führt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBOHR BEZAHLT

ZITAT

Die beiden Baums

Der Minister Baum habe eine Meinung, der Privatmann Baum habe eine andere. Zu dieser Bewußtseinsspaltung hat sich der Bundesinnenminister in Lake Placid bekannt. Das Thema, mit dem er seinen diffusen Zustand offenlegte, war der Olympiaboykott... Vielleicht denkt er ähnlich wie der Bundeskanzler, der in der Abgeschiedenheit einer Kabinettsitzung Genscher und Lambsdorff wegen ihres eilfertigen Bekenntnisses zu einem Olympiaboykott, falls die Amerikaner vorangehen sollten, zurechtgewiesen hat. Aber Schmidt hat seinen Tadel in der Klausur angebracht... Baums Taktgefühl ist indessen so unterentwickelt, daß er nicht nur vor Pressemenschen seinen Zwiespalt bekannte, sondern eine für die Amerikaner in diesem Augenblick besonders empfindliche Frage inmitten der von Nordamerika ausgerichteten Winterspiele an die große Glocke hängte. Ein

deutscher Elefant im amerikanischen Schnee.

Nun ist der Bundesinnenminister seit längerem schon nicht ohne Profilschwierigkeiten. Ihm liegt daran, trotz seiner Position als Verfassungs- und Polizeiminister sich mit dem möglichst strahlendsten liberalen Heiligenschein zu schmücken. Wie tut man das? Baum spricht mit ehemals führenden Terroristen..., lebt in ständiger Fehde mit dem Leiter des Bundeskriminalamtes, dem Sozialdemokraten Herold... Baum scheut sich auch nicht, dienstliche Interna in Medienkanäle einfließen zu lassen, um Sicherheitsorgane, die nicht in seinem Sinne extrem liberal gehandelt haben, in Verlegenheit zu bringen.

Zwischen den beiden Baums ist zu wählen, zwischen jenem, dem der Ministerfrack offenbar zu eng ist, und dem anderen, der am liebsten Jeans trägt. Baum sucht den goldenen Mittelweg. Minister in Jeans mit allen Amtsinsignien, Leibwächtern und Geheimfonds zu sein und es gleichzeitig mit dem Diensteid nicht so genau zu halten, das macht interessant und populär...

Frankfurter Neue Presse, 18. 2. 1980

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD